

Koester, Ulrich; Tangermann, Stefan

Article — Digitized Version

Kann die EWG-Agrarpolitik reformiert werden?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Koester, Ulrich; Tangermann, Stefan (1976) : Kann die EWG-Agrarpolitik reformiert werden?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 6, pp. 301-305

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134960>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kann die EWG-Agrarpolitik reformiert werden?

Ulrich Koester und Stefan Tangermann, Göttingen

Trotz vielfältiger Kritik sind die Grundlinien der gemeinsamen Agrarpolitik bisher kaum verändert worden. Welche Grundelemente müßte eine neue Agrarpolitik aufweisen, die auch politisch akzeptabel erscheint? Alternativen zur gegenwärtigen Agrarpolitik zeigt der folgende Beitrag, der auf einem Gutachten der Verfasser für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten beruht.

Die EWG-Agrarpolitik hat viele Gesichter. Einige Beobachter sehen sie als den zugkräftigen Motor der europäischen Integration, andere erkennen in ihr den lebendigen Beweis für die These, wirtschaftspolitische Interventionen hätten die immanente Tendenz, sich zu bürokratischen Dirigismen auszuwachsen. Die Kritik schwillt je nach politischer und wirtschaftlicher Lage an und ab. Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht das wichtigste Instrument der gemeinsamen Agrarpolitik, die Stützung der inländischen Erzeugerpreise durch binnen- und außenwirtschaftliche Maßnahmen. Die Tatsache, daß trotz vielfältiger Kritik die Grundlinien der Politik bisher kaum geändert wurden, mag manchen als Beweis dafür dienen, daß zumindest in den Augen der praktischen Agrarpolitiker keine Alternativen zum gegenwärtigen System bestehen oder daß die Notwendigkeit zur Wandlung nicht deutlich genug ist.

Sind dennoch Tendenzen feststellbar, die eine Fortführung der Reformdiskussion ratsam erscheinen lassen? Welche Grundelemente müßte eine neue Agrarpolitik beinhalten, und wie müßte sie ausgestaltet werden, um politisch akzeptabel zu erscheinen? Lassen sich die möglichen Vorteile einer agrarpolitischen Reform quantifizieren? Zu diesen Fragen sollen einige Überlegungen vorgebracht werden, die auf einem für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten angefertigten Gutachten basieren.¹⁾

Prof. Dr. Ulrich Koester, 38, ist seit Ende 1971 Ordinarius im Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen. Seine speziellen Arbeitsgebiete sind Strukturpolitik, insbesondere Agrarpolitik und intersektorale Analyse. Dr. rer. pol. Stefan Tangermann, 32, ist Akademischer Rat am dortigen Institut. Seine Forschungsschwerpunkte sind die quantitative sektorale Analyse, europäische Agrarpolitik und sektorale Wirtschaftspolitik.

Folgende Tendenzen lassen vermuten, daß die Schwierigkeiten der bisherigen Preispolitik zukünftig zunehmen werden und daß damit eine Änderung der Agrarpolitik immer notwendiger erscheint:

Nach der Vielzahl vorliegender Prognosen über die Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf den Agrarmärkten der EWG wird der Selbstversorgungsgrad tendenziell bei den meisten Produkten steigen. Eine Preispolitik, die gleichzeitig am Marktgleichgewicht und an der Einkommenssicherung für die Landwirte orientiert ist, wird damit schwieriger. Unsere Modellberechnungen zeigen, daß bei Fortführung einer Agrarpreispolitik, die eine paritätische Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft garantiert, die Agrarproduktion in Deutschland mehr als doppelt so schnell zunehmen würde wie der Verbrauch.

Das vielfach erwartete geringere Wirtschaftswachstum und die Stagnation oder gar Abnahme der Bevölkerung dämpfen den ohnehin niedrigen Nachfrageanstieg bei Agrarprodukten und lassen die Gefährdung des Marktgleichgewichts noch dringlicher erscheinen. Der möglicherweise positive Effekt geringerer Zunahme des landwirtschaftlichen Einkommensanspruchs wird mehr als ausgeglichen durch die hohe gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote und die daraus resultierende Gefahr verminderter Abwanderung aus der Landwirtschaft. Eine Gestaltung der Agrarpolitik, die den weiteren Strukturwandel fördert, ohne unangemessenen sozialen Druck auf die Landwirte auszuüben, erscheint unter diesen Umständen angebracht.

Nicht zuletzt durch die Erweiterung der EWG auf neun und möglicherweise zukünftig auf weitere Länder nahm die Heterogenität der Landwirtschaft zu. Sie wird auch in Zukunft durch eine stärkere Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft innerhalb der einzelnen Länder zunehmen. Man wird

¹⁾ U. Koester, S. Tangermann: Alternativen der Agrarpolitik. Eine Kosten-Nutzen-Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hiltrup 1976.

daher tendenziell weniger über die Preispolitik gleichzeitig allen Landwirten in den unterschiedlichen Regionen und Betriebssystemen das Einkommen sichern und dennoch ausreichend Kräfte für einen Strukturwandel zu größeren und effizienteren Betriebseinheiten wirken lassen können.

Die „Bereinigung“ der Folgen eines überhöhten Preisschutzes für die Agrarmärkte verlangt einen zunehmenden finanziellen und administrativen Aufwand und führt zu immer mehr Absurditäten (siehe den neuen Beimischungszwang für Magermilchpulver). Damit wird die politische Reizschwelle der Nicht-Landwirte mehr und mehr erreicht. Während eine Politik der sozialen Absicherung von Landwirten mit vernünftigen Mitteln wahrscheinlich toleriert würde, finden die unerwünschten Folgewirkungen auf den Produktmärkten kein Verständnis mehr.

Randbedingungen einer Reform

Die Verwirklichung bisheriger agrarpolitischer Reformvorschläge scheiterte vornehmlich an zwei Dingen: Zum Teil wurde eine restriktivere Preispolitik als bisher vorgeschlagen, um das Problem der Überschüsse zu verringern. Damit würde aber gleichzeitig das politisch als prioritär empfundene

Ziel, den Landwirten ein angemessenes Einkommen zu gewähren, weniger gut erreicht. Es ist daher verständlich, daß sich der agrarpolitische Entscheidungsträger – nicht zuletzt auch bedingt durch die gemeinsamen Preisbeschlüsse in Brüssel – diesen Empfehlungen gegenüber zurückhielt. In anderen Reformvorschlägen, z. B. denen des Atlantischen Instituts aus dem Jahr 1971 wurde zwar geraten, den Einkommensausfall für Landwirte, der als Folge einer restriktiveren Preispolitik entsteht, durch direkte Einkommensübertragungen zu kompensieren, doch es wurde nicht gezeigt, wie das dadurch für den Staatshaushalt entstehende Finanzierungsproblem gelöst werden kann. Als eine echte agrarpolitische Alternative kann aber nur ein Vorschlag angesehen werden, der auch Möglichkeiten zeigt, das Finanzierungsproblem und Probleme der administrativen Durchführbarkeit zu lösen. Hinzu kommen weitere Randbedingungen der Agrarpolitik, die erfüllt sein müssen.

In unserer Untersuchung über neue Gestaltungsmöglichkeiten der Agrarpolitik mußten wir daher von folgenden Voraussetzungen ausgehen:

Es ist ein bestimmter Versorgungsgrad an Nahrungsmitteln, dessen Ausmaß politisch festgelegt ist, sicherzustellen. Gleichzeitig sollen steigende Überschüsse verhindert werden.

Der Anpassungsdruck, der die Landwirte zu einer Abwanderung aus der Landwirtschaft zwingt, darf aus politischen Gründen und sozialen Erwägungen in Zukunft nicht stärker als in der Vergangenheit sein. Mißt man den Anpassungsdruck an der Einkommensdisparität, dann bedeutet diese Norm, daß die Einkommensdisparität durch einen Systemwechsel nicht zunehmen darf.

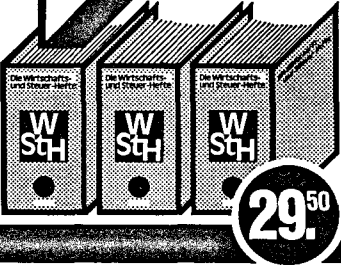
Die Änderung der Agrarpolitik darf nicht abrupt erfolgen. Entscheidend muß sein, daß insbesondere für Berufsanfänger andere Signale gesetzt werden.

Die neue Agrarpolitik darf zu keiner zusätzlichen Belastung des Staatshaushalts führen. Zu mindest müssen Möglichkeiten der Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Ausgaben gezeigt werden.

Die vorzuschlagende Alternative muß dazu beitragen, daß das Sozialprodukt unserer Volkswirtschaft voraussichtlich größer sein wird als bei der gegenwärtigen Agrarpolitik.

Unter den verschiedenen Möglichkeiten, ein Agrarpolitik auszugestalten, die diese Bedingungen erfüllt – auch über eine mengenmäßige Kontrolle der gesamten Agrarproduktion lassen sich diese Ziele theoretisch erreichen –, erscheint ein folgender Vorschlag besonders diskussionswürdig

Steuer-Tips kosten wenig, sparen viel!



29.50

3 Kunststoff-Ordner, 2.000 Seiten in 30-teiligem Systemregister.
Damit sparen Sie viel Zeit: Sie brauchen in Zukunft nur noch unter dem entsprechenden Stichwort nachzulesen und haben sofort die gewünschte Auskunft!
Damit sparen Sie viel Geld: Für nur DM 29,50 (incl. Versand, zzgl. MwSt.) erhalten Sie wertvolle Tips, wie Sie alle legalen Steuervorteile ausnutzen!

Bestellen Sie unverbindlich für 14 Tage zur Ansicht oder fordern Sie kostenlos Informationsmaterial an!

VERLAG WIRTSCHAFTS- UND STEUER-HEFTE
638 BAD HOMBURG V.D.H. 1, PROMENADE 87

Elemente einer Alternative

In Zukunft sollten die gestützten Agrarpreise um 2% weniger steigen als das Durchschnittspreisniveau der Gesamtwirtschaft. (Bisher sind die realen Agrarpreise um knapp 1% je Jahr gesunken.)

Die damit verbundene relative Einkommensminderung für die Landwirte sollte durch personengebundene, direkte Einkommensübertragungen kompensiert werden. Diese Transferzahlungen sollten grundsätzlich nur an die gegenwärtige Generation der Betriebsinhaber gezahlt werden – Ausnahmen sollten in einer Übergangsregelung jedoch möglich sein – und unabhängig von der laufenden Produktionshöhe bemessen sein. Die Einkommensübertragung sollte so hoch sein, daß sich für die Landwirtschaft eine insgesamt paritätische Einkommensentwicklung ergibt.

Um einen stärkeren Anreiz zur Abwanderung aus der Landwirtschaft zu geben, sollte es möglich sein, daß die Einkommensübertragung bei Überwechseln in eine außerlandwirtschaftliche Tätigkeit kapitalisiert wird.

Die Finanzierung der direkten Einkommensübertragungen sollte möglichst aus dem Aufkommen der direkten Steuern erfolgen. Da dies voraussichtlich nicht möglich ist, wird empfohlen, zur Finanzierung eine „Strukturabgabe“ auf Agrarprodukte zu erheben. Diese Abgabe entspricht etwa der Differenz zwischen notwendiger Erzeugerpreisentwicklung bei Fortführung der gegenwärtigen Agrarpolitik und der Erzeugerpreisentwicklung beim reformierten System.

Der Vorschlag eines Ersatzes der Preisstützung durch direkte Einkommensübertragungen ist im Prinzip als solcher nicht neu. Einzelne wesentliche Gestaltungselemente sind allerdings in der vorliegenden Form bisher noch nicht diskutiert worden.

Neu ist die Anregung, nicht eine ruckartige Senkung der inländischen Agrarpreise auf das Weltmarktniveau vorzunehmen, sondern das Stützniveau allmählich zu reduzieren. Damit dürfte den politischen Bedenken bei sprunghaften Änderungen Rechnung getragen werden. Außerdem erlaubt die Annäherung an einen niedrigeren Produktionsgrad im „Gleitflug“ eine Beibehaltung des markt- und preispolitischen Instrumentariums. Damit ist jederzeit die Möglichkeit des Gegensteuerns gegeben, wenn z. B. aus Gründen der Versorgungssicherung ein höherer Selbstversorgungsgrad notwendig erscheint. Bei der gegenwärtig hohen Selbstversorgung allerdings besteht das Problem nicht in der Krisensicherung, sondern in der Begrenzung des weiteren Überschuwachstums.

Eine Förderung des Strukturwandels könnte sich aus der Begrenzung der Einkommenstransfers auf die gegenwärtige Generation und aus der Kapitalisierung zukünftiger Zahlungen bei einer Abwanderung ergeben. Die Anpassungslast wird damit verstärkt auf den Zeitpunkt des Generationenwechsels verschoben und dadurch erleichtert, ohne daß der Strukturwandel bei den bestehenden Betrieben ins Stocken gerät.

Neu ist auch der Vorschlag, eine wie eine indirekte Steuer wirkende Strukturabgabe auf den Verbrauch von Agrarprodukten zu erheben, um die Einkommensübertragungen zu finanzieren. Wegen der regressiven Wirkung dieser Erhebungsart für die Einkommensverteilung würden die Verfasser zwar persönlich eine Finanzierung aus direkten Steuern vorziehen. Andererseits ist aber zu bedenken, daß bisher jeder Vorschlag zur Einführung direkter Einkommensübertragungen mit dem Hinweis auf mangelnde Finanzierbarkeit sofort zurückgewiesen wurde, während die Belastungsfähigkeit der Verbraucher offensichtlich als nahezu unbegrenzt angesehen wurde. Auch zur administrativen Durchführung enthält der Vorschlag konkrete Gestaltungshinweise, die den meisten diesbezüglichen Bedenken Rechnung tragen dürften.

Neu ist schließlich auch, daß Berechnungen über die volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Effekte einer solchen Änderung der Agrarpolitik vorgelegt wurden und daß diese Rechnungen sich nicht nur auf ein Jahr beziehen, sondern einen längeren Zeitraum einschließen.

Quantitative Auswirkungen einer Reform

Den Berechnungen, die sich auf die Folgen für die Bundesrepublik Deutschland beschränken, liegt ein ökonometrisches Modell der deutschen Landwirtschaft zugrunde. Mit diesem Modell können für die unterschiedlichen Agrarpreisentwicklungen, um die es hier geht, Entwicklungspfade für die Produktion, den Faktoreinsatz und das Einkommen des Agrarsektors dargestellt werden. Durch die Bewertung der einzelnen Mengenreihen mit Preisen bzw. Schattenpreisen lassen sich dann die volkswirtschaftlichen Kosten und Erträge der gegenwärtigen Agrarpolitik gegenüber der Alternativlösung bestimmen. Zusätzliche Berechnungen über die Höhe der Einkommensübertragungen, der Strukturabgabe und der Aufwendungen zur Finanzierung der Marktordnungen lassen Aussagen über die Wirkungen auf den Staatshaushalt zu.

Für die volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse sind die in der Landwirtschaft eingesetzten Produktionsfaktoren mit Marktpreisen bzw. – wie etwa bei Arbeitskräften – mit möglichen Alternativeinkommen zu bewerten, während bei der

Bewertung des Produktionsvolumens Weltmarktpreise zu unterstellen sind. Da die Prognose der Weltmarktpreise bei Agrarprodukten sehr unsicher ist, wurden mehrere alternative Preisentwicklungen berücksichtigt.

Nach unseren Berechnungen könnte eine zurückhaltendere Agrarpreispolitik, d. h. eine reale Agrarpreissenkung um 2% statt wie bisher um 1% je Jahr, bei mittleren Weltmarktpreisen innerhalb der nächsten 15 Jahre insgesamt zu einer Steigerung des deutschen Sozialprodukts um ca. 17 Mrd. DM (in Preisen von 1972) führen. Je Jahr wäre nach 5 (10; 15) Jahren ein Gewinn in Höhe von 0,1% (0,2%; 0,3%) des deutschen Volkseinkommens zu realisieren.

Die Aufwendungen zur Finanzierung der Agrarmarktordnungen ließen sich (allein für Deutschland) schon nach fünf Jahren um knapp 1 Mrd. DM vermindern. Die Einnahmen aus der Strukturabgabe wären mehr als ausreichend, um die Einkommensübertragungen zu finanzieren, so daß die Verbraucher durch niedrigere Preise entlastet werden könnten.

Gegenargumente der Kritiker

Da Änderungen in der von uns vorgeschlagenen Richtung bereits verschiedentlich diskutiert wurden, haben sich die Verfechter der bisherigen Politik schon auf solcherlei Reformgedanken eingeschossen. Sie sollten allerdings erwägen, ob ihre Argumente auch gegen die spezielle von uns angeregte Politikänderung ins Feld zu führen sind. Abgesehen von Einwänden gegen die administrative Durchführbarkeit und Finanzierbarkeit einer Systemänderung, die in unseren Überlegungen zur Ausgestaltung schon berücksichtigt sind, sind einige Standardargumente immer wieder zu hören:

Ein Abbau der Überschüsse werde nicht erfolgen, da bei Preissenkungen das landwirtschaftliche Angebot nicht zurückgehe. Wenn außerdem den Landwirten der Einkommensverlust noch durch direkte Zahlungen ausgeglichen werde, unterschiede sich die Angebotsentwicklung nicht von derjenigen bei der jetzigen Agrarpreispolitik.

Unser Vorschlag sieht jedoch nicht Preissenkungen, sondern geringe Preissteigerungen vor. Wer zugibt, daß Preissteigerungen Angebotssteigerungen bewirken, muß auch zugeben, daß geringere Preissteigerungen zu geringeren Angebotssteigerungen führen. Zu meinen, daß produktionsunabhängige Zahlungen zu den gleichen Angebotssteigerungen führen wie Preisanhebungen, heißt, den Landwirten ökonomische Unvernunft zu unterstellen und davon auszugehen, daß die Landwirte ihre Produktions- und Investitionsentscheidungen nur an der Liquidität und nicht an der Rentabilität

orientieren. Selbst wenn ein Teil der Landwirte sich so verhalten sollte, wäre zu erwarten, daß die Angebotsausweitung und die Überschüßbildung insgesamt doch nicht unverändert bliebe. Im übrigen bliebe sonst als Alternative nur eine ersatzlose Verminderung der Agrarpreise übrig, wenn eine unbegrenzte Steigerung der Marktordnungsausgaben nicht toleriert wird.

Direkte Einkommensübertragungen hemmten den Strukturwandel, da entwicklungsfähige Betriebe relativ benachteiligt würden und schwache Betriebe ein sicheres Zusatzeinkommen erhielten, das den Zwang zur Betriebsaufgabe vermindere.

Dieser Einwand wäre zutreffend, wenn die direkten Einkommensübertragungen zusätzlich zur unter veränderten Preispolitik gezahlt würden. Wenn sie dagegen Ersatz für unterlassene Preissteigerungen sind, sieht die Situation anders aus. Vermindert steigende Bodenpreise und Abwanderungsanreize in Form der Kapitalisierung dürften den Strukturwandel eher fördern als hemmen.

Durch direkte Einkommensübertragungen würden die Landwirte zu Sozialhilfeempfängern, während sie sonst über den Markt ihre gerechte Entlohnung erhielten.

Daß die Agrarmärkte der EWG keine „Märkte“ im Sinne der sonst üblichen freien Preisbildung sind, dürfte inzwischen weitgehend deutlich geworden sein. Transaktionen, wie sie zur Lebensrettung des jetzigen Systems etwa auf den Märkten für Milchprodukte vorgenommen werden, fördern die Einsicht weiter, daß die Agrarpreise mit „gerechten“ freien Preisen wenig zu tun haben, sondern daß ihnen eine erhebliche sozialpolitisch motivierte Einkommenstransfer-Funktion zukommt. In sofern ist schon jetzt der Eindruck entstanden, daß die Landwirte in gewissem Sinne „Sozialhilfeempfänger“ sind. Dabei muß dieser Bezeichnung gar nicht von vornherein ein negativer Beiklang anhaften. Im Gegenteil ist es ein wesentlicher Bestandteil der „Sozialen Marktwirtschaft“, daß sie nicht allein die Kräfte des Marktes spielen läßt, sondern auch sozialen Gesichtspunkten zur Durchsetzung verhilft. Außerdem erfüllen die Landwirte auch Funktionen wie die Erhaltung der Kulturlandschaft, die eine direkte staatliche Honorierung sinnvoll erscheinen lassen. Zwar sind unsichtbare Zahlungen politisch sicher leichter in die Wege zu leiten als sichtbare, jedoch sind dabei zwei Gesichtspunkte zu bedenken:

Die gegenwärtig an die Landwirtschaft geleistete Transfers sind wegen der hohen Marktordnungskosten und der unsinnigen Folgen der Marktpolitik längst sichtbar geworden.

Wenn — zweitens — „unsichtbare“ Zahlungen durch sehr viel niedrigere sichtbare ersetzt werden

den können, wird der politische Druck in Richtung auf diesen Ersatz irgendwann unausweichlich stark.

Europäische Sorgen

Agrarpreispolitik ist in der EWG nicht mehr Sache der nationalen Regierungen, sie wird am gemeinsamen Ratstisch beschlossen. Ein Vorschlag, der – wie der unsrige – am Beispiel von Deutschland diskutiert und durchgerechnet ist, erscheint deshalb etwas weltfern. Aus zwei Gründen, so meinen wir, ist das nicht der Fall.

Erstens würde ein System der Kombination von direkten Einkommensübertragungen und Preispolitik, wie wir es vorschlagen, gerade auf europäischer Ebene helfen können, manche der Integrationsprobleme zu lösen. Die unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Mitgliedsländern, durch die eine gemeinsame Agrarpolitik heute erschwert und fast schon zum Erliegen gebracht wird, könnten z. B. berücksichtigt werden, indem bei einem wirklich gemeinsamen Agrarpreisniveau national unterschiedliche direkte Zahlungen zugelassen werden. Die Finanzierung der nationalen Zahlungen müßte dann in nationaler Verantwortung erfolgen, wobei allerdings feste direkte internationale Transfers aus Budgetmitteln die internationalen Einkommensumverteilungen ersetzen müßten, die heute unsichtbar über die gestützten Preise erfolgen, wenn für die heute bevorteilten Länder auch das neue System attraktiv sein soll. Immerhin entfielen dann die jetzt bei der „gemeinsamen“ Preisfestsetzung erfolgenden Kompensationsgeschäfte, die als eine der politischen Ursachen für den überhöhten Preisschutz anzusehen sind. Das erste Ziel der Wirtschaftsgemeinschaft, der freie Warenverkehr, würde dann erreicht, ohne daß der aussichtslose Versuch unternommen werden muß, über ein einheitliches Agrarpreisniveau die Einkommen von Schottland bis Sizilien gleichermaßen befriedigend zu steuern.

Weltfern ist der Vorschlag aus dem Blickwinkel Europas zweitens auch deshalb nicht, weil Deutschland die Möglichkeit hätte, den Grenzausgleich abzubauen und kompensierende direkte Zahlungen einzuführen. Damit könnte unser Land sich auch im Alleingang einen Teil der möglichen Vorteile sichern.

Theorie und politische Praxis

Gegen unseren Vorschlag ist schon jetzt heftige Kritik laut geworden, und auch in Zukunft wird noch manches kritische Wort fallen, das diese Reformgedanken als Ergebnis wissenschaftlicher Theorie bezeichnet, die die Möglichkeiten der politischen Realisierung nicht genügend berücksichtige. Diese Kritik wird sowohl von der landwirtschaftlichen Interessenvertretung als auch von

manchen wissenschaftlichen Fachkollegen und nicht zuletzt auch von den Politikern selbst vorgebracht.

Die landwirtschaftlichen Interessenvertreter werden sich hierbei fragen lassen müssen, ob es klug ist, darauf zu bauen, die bisherige Politik der „unsichtbaren“ Einkommensübertragungen über gestützte Preise werde sich unendlich fortsetzen lassen. Wäre es nicht vorausschauender, einzukalkulieren, daß irgendwann einmal die volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Kosten einer solchen Agrarpreispolitik die politische Reizschwelle überschreiten? Und wäre es nicht besser, für diesen Zeitpunkt schon jetzt alternative Formen der Einkommensstützung zu durchdenken, um nicht mit leeren Händen dazustehen, wenn die Preispolitik nicht weiterführt?

Und auch diejenigen Vertreter der Wissenschaft, die die Agrarpolitik seit langem zur preispolitischen Mäßigung aufrufen und ihre Hände dann regelmäßig in entwaffnender Unschuld waschen, wenn ihr Rufen ungehört verschallt, sollten sich fragen, ob sie wirklich in ausreichendem Maß politisch gangbare Alternativen aufgezeigt haben. Solange die Agrarpolitik mangels anderer Instrumente die Einkommen nur über die Preise stützen kann, ist es angesichts der offensichtlich hohen politischen Priorität des Einkommensziels wenig erfolgversprechend, mit erhobenem Finger zu verlangen, die Preispolitik möge an der Marktsituation ausgerichtet werden. Und auch der Einwand sticht nicht, die Wissenschaft habe nach sorgfältiger Prüfung befunden, alternative Formen der Einkommenssicherung seien politisch nicht durchführbar. Die Entscheidung über politische Realisierungschancen kann den Politikern nicht abgenommen werden, und die Gefahr ist groß, daß die politisch Verantwortlichen eine Alternative gar nicht mehr sorgfältig prüfen, wenn die Wissenschaft sie von vornherein verworfen hat.

Von den Politikern selber schließlich kann man nicht erwarten, daß sie einem Vorschlag zu grundlegenden Reformen jubeln, denn sie würden damit ja implizit eingestehen, daß die bisherige Politik nicht erfolgreich war. Sie werden vielmehr kleine Schritte unternehmen und nicht das ganze System umkrempeln, sondern in einzelnen Regionen, bei einzelnen Produkten, einzelne neue Elemente ausprobieren wollen. Die Durchführung des flächenbezogenen Aufwertungsausgleichs, die Schaffung des Bergbauernprogramms und die immer stärkere Ausdehnung der Sozialpolitik zeigen, daß die Zweifel schon zugenommen haben, ob mit der Preispolitik alles machbar ist, und daß bereits Konsequenzen gezogen werden. Sollten wir eine politische Prognose wagen, so würden wir vermuten, daß Tendenzen in dieser Richtung sich verstärken werden.